wörtlich behauptet: „Herr Junck hat sich mit der nationalliberalen Partei solidarisch erklärt.“

Genau das Gegenteil davon ist wahr. Nicht Dr. Junck hat sich mit der nationalliberalen Partei solidarisch erklärt, sondern die Sozialdemokratie bemüht sich seit der Aufstellung seiner Kandidatur ihn solidarisch haftbar zu machen für all das, was in der Vergangenheit nach Urteil der Sozialdemokratie von seiten der Nationalliberalen gesündigt worden sein soll. Dr. Junck hat sich dagegen durchaus politische Bewegungsfreiheit vorbehalten innerhalb der nationalliberalen Reichstagsfraktion. Und da diese Fraktion im Unterschied von dem Terrorismus in der Sozialdemokratie ihren Mitgliedern solche Bewegungsfreiheit läßt, so heißt es politische Falschmünzerei treiben, wenn man Dr. Junck für etwas anderes verantwortlich macht als für seine eigenen Worte und Grundsätze.

Die Flut der sozialdemokratischen Verdächtigungen ist nachgerade aber schon so hoch gestiegen, daß die Partei Lange nicht mehr aus diesem Schlamm heraus kann, ohne sich selbst verloren zu geben. Dem Wort eines ehrlichen deutschen Mannes, wie es Dr. Junck auch nach dem Bekenntnis Langes ist, setzt man die Lüge und die Verdrehung entgegen. Das spricht zwar deutlich genug für die Rat- und Hilflosigkeit, in der sich die politischen Gegner des nationalen Kandidaten befinden. Es läßt aber leider die Befürchtung zu, daß diese Flut von Verdächtigungen bis zum Wahltag noch weiter steigen wird. Stellen wir ihr darum die feste Entschlossenheit entgegen, die Kräfte aufs äußerste anzuspannen, um Dr. Junck einen glänzenden Sieg zu sichern und damit den Beweis zu liefern, daß Leipzigs Einwohnerschaft zu gesund und ehrlich denkt, als daß sie sich durch offenbare Unwahrheiten und Verdächtigungen irre führen läßt.

Die Weimarer Kunstpflege.

Zur Affäre Graf Keßler—v. Palœdieux wird uns weiter aus Weimar geschrieben: Eine wunderliche Erklärung in Sachen der hier sehr viel Aufsehen erregenden Angelegenheit des emeritierten Grafen Keßler contra Oberhofmarschall enthält das letzte Amtsblatt. An der Spitze, als erste Bekanntmachung unter seinem neuen geschmackvollen, ganz der Neuzeit entsprechenden Kopfe, findet sich folgende Bekanntmachung:

Weimar, am 19. Januar 1907.

In Nr. 18 der Zeitung „Deutschland“ ist ein Brief des Grafen Harry Keßler, dd. London, 14. 1. 07 abgedruckt, der eine Anzahl Irrtümer enthält.

Es sei hier nur (!?) folgendes festgestellt:

1) Herr von Palœdieux war nur bis zum Herbst 1883 Leiter des Vereins, welcher die ständige Ausstellung für Kunst und Kunstgewerbe ins Leben rief. Von diesem Zeitpunkt ab bis zur Auflösung 1903 unterstand die Anstalt der Leitung des Herrn von Ahlefeldt-Dehn unter statutenmäßiger Aufsicht eines Regierungskommissars.

2) Die Gebäude am Karlsplatz und die Sammlungen im Werte von zusammen über einer Million Mark sind 1903 nach Erfüllung aller Verbindlichkeiten, wie dies im Statut bei Verleihung der juristischen Person im Jahre 1885 angeordnet war, an den Staat übergegangen. — Ein Defizit war nicht vorhanden, sondern neben obigen Werten ein Betriebsfonds von etwas über 8000 ℳ.

3) Da der Artikel die Geschäftsführung der Anstalt vor deren Uebergang an den Staat bemängelt, wird er Herrn von Ahlefeldt-Dehn zur Aeußerung vorgelegt werden.

Für was diese Erklärung eigentlich gehalten werden sollt? ist uns vollständig unklar. Ist es eine amtliche Bekanntmachung? Von welcher Behörde? Staatsministerium oder Hofmarschallamt? Abgesehen davon, daß eigentlich gar nichts in dieser Erklärung von dem widerlegt wird, was Graf Keßler behauptet, scheint man nur das eine beabsichtigt zu haben, den Oberhofmarschall aus der ganzen Affäre auszuschalten (d. h. soweit ihn eventuell Vorwürfe über eine schlechte Verwaltung usw. treffen können) und an seine Stelle Herrn von Ahlefeldt-Dehn zu setzen, denn dieser wird in der anonymen amtlichen Bekanntmachung seine wunderliche Geschichte! (D. Red.) aufgefordert, sich zu äußern. Wir würden eine wahrheitsgemäße Schilderung aller Vorgänge, vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht, seitens des genannten Herrn mit größter Genugtuung begrüßen. Worüber er sich namentlich zu äußern hätte, darüber hat ihn ja Graf Keßler in seinem aus London datierten Brief ziemlich deutlich die Wege gezeigt. Wir selbst haben bei Besprechung der ganzen Affäre diese Vorgänge als etwas weit zurückliegend und daher für die interessante Gegenwart weniger belangreich bezeichnet. Da man aber, wie aus der obigen Erklärung hervorgeht, vornehmlich Wert auf die Klarstellung jener Vorgänge zu legen scheint, soll sie uns ebenfalls willkommen sein. Vielleicht kann die Gegenwart aus der Vergangenheit lernen, wie man es nicht zu machen hat. Selbstverständlich wird sich Graf Keßler auch über die obige Erklärung — von einer Richtigstellung kann eigentlich gar keine Rede sein, da vollständig bekannte, unwesentliche Tatsachen ganz zwecklos registriert werden — äußern, und wir können uns die Mühe sparen, die drei für uns ganz belanglosen Punkte zu kommentieren, zumal der „Irrtum“, daß Graf Keßler aus verwaltungstechnischen Gründen sein Amt verloren und in allerhöchste Ungnade gefallen, abermals nicht berichtigt wird. Hat also Graf Keßler mit seiner wiederholten Behauptung, er verdanke sein Mißgeschick einem groben Vertrauensbruch des Oberhofmarschalls, doch recht!?

Darüber kann Herr von Ahlefeldt keinen Aufschluß geben, obgleich der öffentlichen Meinung in Weimar gerade an der Klarstellung dieses Punktes so ungeheuer viel liegt. Die wiederholt beregten Finanzoperationen und Verwaltungsangelegenheiten sind zunächst curae posteriores. Daß man an „maßgebender“ Stelle aber auch bei Erörterung dieser nicht allzu viel Glück haben dürfte, geht aus der — übrigens gar nicht betrittenen — Erklärung hervor, daß das Kunstgewerbemuseum ein ohne einen Wert von über einer Million Mark repräsentiere und seinerzeit ein Betriebsfonds von 8000 Mark (!?) vorhanden gewesen sei. Also ganze 8000 Mark Betriebskapital bei einem Werke von über einer Million Mark Wert, Difficile est satyram non scribere. Hatte da Graf Keßler nicht recht, wenn er sagte, daß das Museum bei Uebernahme seiner Stellung „so ganz wie mittellos“ gewesen sei? Nebenbei gesagt, was mir gegen Wertschätzungen von gewisser Seite, sobald es sich um das genannte Museum und was damit zusammenhängt, handelt, etwas skeptisch geworden. Erinnern sich Herr von Palœdieux und Herr von Ahlefeldt vielleicht noch daran, wie hoch man seinerzeit — und wie oft! — den berühmten, früher erwähnten „Hauptgewinn“ in der damaligen Kunstlotterie oder und nach der Ziehung einschätzte, wie viel man dem glücklichen Gewinnern im Verhältnis der Anpreisung später geboten hat? Wenn das Erinnerungsvermögen vielleicht nicht ausreichen sollte, so könnte man ja nachhelfen, denn die Sache ist noch nicht allzu lang her. Wir wollen aber annehmen, daß die Schätzung des Museumsvermögens richtig ist, schon aus dem einfachen Grunde, weil die gute Betriebskapital figurierende Summe dadurch in die rechte Beleuchtung gesetzt wird. Noch eine solche „Widerlegung von Irrtümern“ an dieser durch die Tradition geheiligten Stätte und — die Blamage ist vollständig.

Deutsches Reich.

Leipzig, 22. Januar.

ed. **Sedanfeier.** Wie uns ein Privattelegramm aus Berlin meldet, hat behufs einer eventuellen allgemeinen Wiedereinführung des Sedanfestes seitens aller deutschen Schulen die preußische Staatsregierung Fragebogen an die Landräte und die Magistrate der Stadtbezirke versandt, um festzustellen, welche Ausbreitung die Schul-Sedanfeste im Vergleich zu den früheren Jahren im Jahre 1906 gehabt haben.

—* **Lohnaufbesserungen bei der sächsischen Staatsbahnverwaltung.** Den Lokomotivführeranwärtern ist mit Genehmigung des königl. Finanzministeriums vom 1. Januar 1907 ab rückwirkend ein Lohnaufschlag bewilligt worden. Ferner erhalten die Streckengewerken vom 1. April ab außer den Grundlöhnen, wie die Streckenarbeiter, noch eine Stellenzulage von 40 bis 100 ℳ jährlich. Die Höhe der Stellenzulagen, die unter Berücksichtigung der ortsüblichen Gewerkenlöhne und des Umstandes, ob das Handwerkszeug von der Staatsbahnverwaltung oder von den Gewerken selbst gestellt wird, bemessen werden, und sich auch nach der persönlichen Leistungsfähigkeit richten sollen, bestimmen die Betriebsdirektionen.

* **Kirche und Leichenverbrennung.** Eine bemerkenswerte Aeußerung des Berliner Rechtslehrers Professor D. Dr. Kahl über die Stellung der Kirche zur Leichenverbrennung finden wir in dem Werke „Die Kultur der Gegenwart“, wo Kahl das Kirchenrecht bearbeitet hat. Er sagt:

„Zur Leichenverbrennung stellen sich beide Konfessionen grundsätzlich verschieden. In den neueren Entscheidungen der Congregatio Inquisitionis ist sie als „detestabilis abusus“ bezeichnet und sind, wenn sie auf eigener Anordnung des Verstorbenen beruht, jeder kirchliche Leichenritus und die Exequien versagt. In der evangelischen Kirche ist noch kein allgemeiner und prinzipiell abgeklärter Standpunkt gewonnen. Doch ist die anfangs schroff ablehnende Haltung bereits einer milderen Praxis gewichen. Mindestens wurde häufige Beteiligung des Geistlichen nicht verwehrt. Die evangelische Kirche muß grundsätzlich Kulturentwicklungen, welche dem Worte Gottes nicht zuwider sind, auch in ihrer Rechtsordnung Rechnung tragen. Dogmatisch ist das Verbot der Leichenverbrennung niemals zu begründen. Die Bestattung in der Erde ist nur eine durch die Geschichte geheiligte christliche Sitte. Daher wird bei fortschreitendem Gebrauche der Leichenverbrennung die evangelische Kirche auch der öffentlich amtlichen Beteiligung sich auf die Dauer nicht entziehen können, falls sie sich nicht selbst eines der wichtigsten Mittel religiöser Einwirkung auf das Volksleben berauben will. Unter keinen Umständen aber kann die eigene Anordnung zur Leichenverbrennung als solche zu den Gründen gerechnet werden, aus welchen einem Kirchengliede die kirchliche Beteiligung zu versagen ist. Dieß könnte nur in dem einen Falle in Erwägung kommen, daß die Anordnung aus dem Grunde und zu dem Zwecke ausgesprochenermaßen erfolgt war, schon bei Lebzeiten der Tatsache des gelösten Zusammenhanges zwischen Kirche und Kirchenglied einen Ausdruck zu geben. Denn ist die Nichtbeteiligung der Kirche selbstverständliche Folge.“

dk. **Der „geschorene Samson“.** Die nationalen Katholiken, deren Zahl allenthalben erfreulich steigt und von denen bisher 800 den bekannten Düsseldorfer Aufruf gegen das Zentrum unterschrieben haben, überschütten die Tagespresse des Zentrums, weil sie nichts Vernünftiges gegen sie sagen kann, mit Spott und Hohn. Aber auch die „Kreuzer“ Monatsblätter suchen sich durch Mäkeleien über die höchst unangenehme Tatsache einer katholischen Fronde gegen das Zentrum hinwegzuhelfen und hinwegzutäuschen. So hänselt die Münchener „Allgemeine Rundschau“ die „gouvernementalen Katholiken“ als „Bülow- oder Dernburg-Katholiken“, „Streber“, „Querlöpfe“, „Sonderlinge“, „Kerngroße“ und meint: „Es muß auch solche Münze geben!“ Nun vielen katholischen Männern wird ein Oberpräsident von Scheremer-Alst oder ein Professor Savigny oder ein nationaler katholischer Bürger aus der Uckermark lieber sein, als Leute wie Erzberger und Roeren. Solche „Größen“ werden das Zentrum, um eine Redeblüte des ultramontanen Herrn Wiedenkeller zu gebrauchen, keinesfalls davor bewahren, am Morgen des 26. Januar als „geschorener Samson“ zu erwachen.

* **Das ist Herr Roeren!** Zur Charakteristik des Zentrumsführers Roeren liefert der Inhalt der nachstehenden, in den „Hamb. Nachr.“ veröffentlichten Zeilen einen interessanten Beitrag:

Köln, den 15. Juni 1906.

Sehr geehrter Herr Wistuba!

Eben werde ich durch dieses Schreiben überrascht. Es war aber kaum anders zu erwarten, nachdem Vielerlei in Betreff des Reichskanzlers bereits unterschieben hat. Nach meiner festen Ueberzeugung dürfen Sie noch immer ganz beruhigt sein. Man wird jetzt wahrscheinlich das Schwergewicht darauf legen, daß Sie das Peopliasche Material mir, am Fehrbelliner und Hesper mitgeteilt haben. Das ist doch aber auf Wunsch Peoplaus geschehen, damit auch seine Sache friedlich beigelegt werde, und von Ihnen in der Absicht, daß Peoplau die Togo-Sache, die Ihnen bekannt war, nicht publizieren und im Reichstage vorbringen lasse. Wollen Sie nicht Vertrau auch in dieser Sache zu Ihrem Rechtsbeistand wählen? Nochmals seien Sie ruhig, es kann Ihnen meiner Ueberzeugung nach nichts geschehen.

Mit freundlichem Gruß!

D. C.

Bitte um Rücksendung.

Dazu sei noch der „T. R.“ bemerkt:

Der Originaltext findet sich, vom Empfänger mit Bleistift hinzugefügt, auf dem Briefbogen der vertraulichen Mitteilung, die der Vorsteher der Reichskanzlei, Geheimrat von Loebell, an den Abg. Roeren über die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen Wistuba seinerzeit handschriftlich gerichtet hat. Roeren hat das Schreiben unmittelbar, nachdem es ihm zugegangen war, mit der Bleistift-Note an Wistuba gesandt. Die „Germania“ war einen Tag später in der Lage, die durch den Brief des Herrn von Loebell vertraulich mitgeteilte Tatsache als redaktionelle Notiz bekannt geben zu können. Roeren wurde daraufhin nach seinem scharfen Zusammenprall mit dem stellvertretenden Kolonialdirektor in der denkwürdigen Sitzung des Reichstages vom 10. Dezember v. Js. noch durch den Chef der Reichskanzlei, der zur allgemeinen Ueberraschung eigens hierzu das Wort ergriff, gestellt. In seiner Erwiderung gab Herr Roeren die feierliche Erklärung ab, daß er zum Artikel der „Germania“ weder direkt noch indirekt in irgend welcher Beziehung stehe, und daß er auch nicht wisse, wer diesen Artikel geschrieben habe! — Schon im Juni vorigen Jahres waren die Beziehungen, die zwischen Wistuba und der „Germania“ bestanden, ziemlich allgemein bekannt. Im Dezember vollends konnte kein Mensch in Deutschland, der für öffentliche Angelegenheiten irgend welches Interesse hatte, sich mehr im unklaren über diese Beziehungen befinden; ganz besonders aber mußten sie dem Protektor Wistubas bekannt sein. Wie sagte Dernburg? „Das ist Herr Wistuba, und das ist Herr Roeren.“

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

* **Die Annahme der Wahlreform.** Ueber die letzte Debatte im Herrenhaus wird noch berichtet: Fürst Schwarzenberg legte seinen ablehnenden Standpunkt gegenüber dem allgemeinen Wahlrecht dar, indem er betonte, daß ein demokratisches Parlament mit dem Prinzip der Monarchie unvereinbar sei. Der Ministerpräsident Freiherr v. Beck verwies gegenüber der düsteren Prognose Schwarzenbergs auf die segensvollen Wirkungen, die die Wahlreform, noch ehe sie Gesetz geworden sei, erzielt habe und insbesondere auf die glückliche Lösung der schwierigsten und heikelsten Streitfragen bei den Verhandlungen über die Wahlreform und auf die Beseitigung der Obstruktion. Er erklärte ferner, er schöpfe gegenüber den geäußerten Bedenken von dem Vordringen des Radikalismus Beruhigung aus der Tatsache, daß in den Massen ein stark konservativer Sinn lebe, daß insbesondere die Landbevölkerung mit zähester Liebe zur Scholle und mit ihrem zähen Festhalten an den überlieferten Vorstellungen eine starke Wehr gegen umstürzende Bestrebungen bilden werde. Der Ministerpräsident sprach dann die feste Ueberzeugung aus, daß das auf dem Grundsatze der Rechtsgleichheit aufgebaute, das Volk als Einheit ansprechende Abgeordnetenhaus zusammen mit dem neugekräftigten Herrenhause der Regierung eine feste Stütze und einen sicheren Rückhalt bieten werde, nicht nur für die ernsten Bemühungen, mit Ungarn in Freundschaft und in Frieden zu einer dauerhaften, alle zwischen beiden Staaten schwebenden Fragen umfassenden, gutgefügten Verständigung zu gelangen, sondern auch für den gewiß beklagenswerten Fall, daß Oesterreich genötigt sein sollte, selbstbestimmend sein Schicksal zu gestalten. (Lebhafter Beifall.) Nachdem auch noch der Minister des Innern, v. Bienerth, gesprochen hatte, wurde die Vorlage in zweiter und dritter Lesung unverändert angenommen.

* **Abgeordnetenhaus.** Präsident Vetter v. d. Lilie spricht sein tiefstes Bedauern und seine Entrüstung über das gestrige unerhörte Vorgehen des Grafen Sternberg gegenüber einem durch das Vertrauen des Hauses in das Präsidium berufenen Mitgliede aus. Der Redner bedauert, daß die Geschäftsordnung dem Präsidium keine Handhabe biete, derartigen Vorkommnissen entsprechend zu begegnen. (Lebhafter Beifall.) Graf Sternberg erklärt, er habe sich durch die unrechtfertigste Verweigerung des von ihm verlangten Aufrufs an das Haus zu Beschimpfungen gegenüber dem Vizepräsidenten hinreißen lassen, die er bedauere, deretwegen er um Entschuldigung bitte, und die er zurücknehme. Das Haus setzt sodann die Verhandlung der Vorlage über die Bromtengebühr fort.

* **Der Fall Polonyi.** Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Pest: Es sind Gerüchte von einer Demission des Ministers Andrassy und des ganzen Kabinetts Weserle wegen der Polonyi-Affäre im Umlauf. Die Gerüchte werden in den erstarkten Kreisen geglaubt. Für den Nachmittag ist ein Ministerrat einberufen worden, der über die Demission des Ministeriums beschließen soll. Am Schlusse der gestrigen Reichstagssitzung nahm Polonyi nicht mehr seinen Platz auf der Ministerbank ein. — Ein anderer Bericht lautet: Der Abgeordnete Lengel, der ebenfalls zur Unabhängigkeitspartei gehört, erklärte, daß er die von Holmos gegen Polonyi erhobenen und wieder zurückgezogenen Beschuldigungen seinerseits aufrecht halte. Er erhebt gegen Polonyi dazu noch eine Reihe neuer Beschuldigungen, die das Vorleben des Justizministers betreffen. Kohl hat die Unabhängigkeitspartei Polonyi ihr Vertrauen ausgesprochen und Lengel aus ihren Reihen ausgeschlossen, aber auch in der Konferenz der Unabhängigkeitspartei hat das Vertrauensvotum nicht so glatt ab, wie es der offizielle Bericht darstellt. Graf Karolyi erklärte, derlei Dinge könnten nicht durch Erklärungen aus der Welt, sondern lediglich durch die Gerichte endgültig ausgetragen werden. Andere Parteimitglieder verlangten die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission. Polonyi war wiederholt genötigt, zu erklären, daß er zurücktreten müsse, wenn er kein Vertrauensvotum erhalte, und der Präsident der Partei, Minister Rakovszky, kam ihm zu Hilfe, indem er, als die Wogen am höchsten gingen, den Faden der Diskussion einfach abschnitt. Lengel hat gestern das Faksimile eines Briefes Polonyis an eine Dame veröffentlicht, die mit Personen aus allerhöchsten Kreisen in Verbindung stand, und die er zwang, als die politischen Kämpfe am heftigsten waren und zur Entscheidung drängten, zu Spionendiensten bei Hofe aufforderte. Polonyi erklärte, dies sei mit Wissen und Einwilligung der Koalitionsführer aus vorem Patriotismus geschehen. Das Verhältnis der Koalition zum Hofe ist durch dieses Geständnis geradezu unhaltbar geworden. — Das „Berl. Tagebl.“ meldet, daß Graf Andrassys Demission bereits erfolgt sei.

Frankreich.

* **Die Kammer** nahm die Vorlage an, durch die das am 19. Oktober vorigen Jahres in Bern unterzeichnete, von Frankreich, Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Belgien, Dänemark, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, Rumänien, Rußland und der Schweiz geschlossene Zusatzübereinkommen zu der internationalen Uebereinkunft vom 14. Oktober 1890 über den Transport von Waren auf der Eisenbahn genehmigt wird.

* **Der freigebige Clemenceau.** Eine Abordnung der Glasergewerkschaft erschien bei Clemenceau und klagte, daß sie durch die Schließung der Arbeitsbörse am Sonntag 800 Frcs. verloren habe, die für Vorbereitungen zu einem Abendfeste ausgegeben worden waren. Clemenceau ersetzte kurzer Hand die 800 Frcs., worauf die Abordnung zufrieden abging.

England.

* **Der Zwischenfall von Jamaika.** (Telegramm unseres Londoner Korrespondenten.) Sir Edward Grey sagte dem amerikanischen Staatssekretär eine Untersuchung darüber zu, ob der Befehl des Gouverneurs von Jamaika authentisch ist. Das englische Kriegsschiff „Indefatigable“ kam Montag von Trinidad an und landete Vorräte. Der Erzbischof dankte den Dank der Gemeinde Kingston an Roosevelt. Die Bürger errichten Roosevelt einen Gedenkstein. — Eine andere Londoner Nachricht besagt: Obwohl der Präsident und die Regierung der Vereinigten Staaten durch Zweitenhams barsche Ablehnung der amerikanischen Hilfe beleidigt sind, macht niemand die britische Regierung für die Taktlosigkeit ihrer Beamten verantwortlich, zumal da Sir Edward Grey und Haldane sofort ihren Dank für die gebotene Hilfe nach Washington drahteten. Die Tatsachen scheinen folgende zu sein: Die Gemeindevertretung von Kingston ersuchte ohne Vorwissen des Gouverneurs den amerikanischen Admiral Davis, Truppen zu landen. Der Admiral landete infolgedessen bewaffnete Mannschaften, ohne vorher die Erlaubnis des Gouverneurs eingeholt zu haben, der sich solchen Eingriff über seinen Kopf hinweg nicht gefallen lassen wollte. Außerdem ist der Gouverneur über Amerika erzürnt, weil Roosevelt für den Panamakanal Arbeiter in Jamaika anwerben ließ. Dazu kommt, daß der Gouverneur mit der Gemeindevertretung nicht gut zu stehen und die entsittlichende Wirkung weitgehender Mildtätigkeit auf die träge Negerbevölkerung zu befürchten scheint. Diplomatische Folgen befürchtet man von dem Kingstoner Zwischenfall nicht. — Ueber den von den Amerikanern so heftig geschmähten Zweitenham berichten die englischen Blätter folgendes: Er ist Gouverneur von Jamaika seit 1904. Seine Karriere begann im britischen Flottendienst in Ceylon, von dort kam er nach Cypern, dann nach Singapore und nach British-Guyana. Sir Alexander Swettenham, der jetzt 51 Jahre alt ist, ist ein Mann von großer Energie, als Gouverneur von Guyana war er der Sanierer der unbeschadeten oder leichten Beamten, aber er brachte die Finanzen trotz aller abfälligen Kritik in Ordnung. Jedenfalls hat er schon in Guyana amerikanische Methoden kennen gelernt. Ueber die Amerikanerfeindschaft schreiben die amerikanischen Blätter: „In offiziellen Kreisen ist bekannt, daß seit einiger Zeit der Gouverneur von Jamaika keine Gelegenheit hat vorübergehen lassen, um den Vereinigten Staaten Beweise einer unfreundlichen Gesinnung zu geben. Es hat sich das in der Opposition gegen den Bau des Panamakanals durch die amerikanische Regierung bekundet. Es heißt, daß Swettenham im Zusammenhang mit diesem Gegenstand Briefe an andere ähnliche Gouverneure gerichtet hat. Seine Abneigung gegen die Union hat sich ferner in seiner unfreundlichen Haltung gegen amerikanische Bürger bekundet. Er hat sogar die Auswanderung von Negern, die am Kanal mit arbeiten, sollten verhindert.“

* **Campbell.** Auch in England spielt der Streit der theologischen Richtungen. In den Kreisen der sog. „Rechtgläubigen“ werden gewaltige Anstrengungen gemacht, um den geistlichen R. J. Campbell von seiner Seelsorge im City-Tempel zu verdrängen, weil er den Mut gehabt hat, sich offen von der Kanzel herab als einen Anhänger der neuen Theologie zu bekennen, welche die menschliche Abstammung Christi leugnet, die überlieferte Lehre vom Sündenfall und von Christi Sühnetod verwirft und die Bibelkritik zuläßt. Von allen Seiten wird deshalb der noch junge Geistliche bestürmt, er solle seine Seelsorge niederlegen, weil er sich mit dieser öffentlich abgegebenen Erklärung außerhalb der christlichen Kirche gestellt habe. Der Vorfall ist schon deswegen von Bedeutung, weil er voraussichtlich eine tiefe Spaltung unter den protestantischen Dissidenten hervorrufen wird, zu deren Leuchten Campbell gehört. Dieser jetzt im vierzigsten Lebensjahr stehende Geistliche mit den jugendlichen Augen und den magnetischen Augen eines Sehers ist der Sohn eines Methodistenpredigers, hat aber in Oxford und zwar in dem hocharistokratischen Christchurch College seine Ausbildung zum geistlichen Amt erhalten. Statt aber eine Seelsorge in der Staatskirche anzunehmen, ist er zur Freikirche übergetreten, hat vom Jahre 1895 an in Brighton eine Seelsorge verwaltet und sich dort als Kanzelredner eines bedeutenden Talents erfreut. Als vor einigen Jahren Dr. Joseph Parker, der humoristische Prediger des City-Temple, starb, wurde der damals 30jährige Campbell zu dessen Nachfolger erwählt, obschon der jugendliche Träumer und Mystiker mit dem spitzigen alten Amerikaner, der diese reiche Citymen zu seinen Zuhörern zählte, nicht die geringste geistige Aehnlichkeit hat. Dr. Campbell ist ein furchtloser Mann. Obwohl Mitglied der Independentengemeinde, die in Cromwells Tagen eine Rolle spielte, hat er sich seiner Zeit vom anglikanischen Bischof von London dem König Eduard vorstellen lassen. Und als er vor einigen Jahren Rom besuchte, ist er auch vom Papst empfangen worden. Campbell hat sich dabei weder an die Vorstellungen seiner republikanischen, noch seiner protestantischen Freunde gekehrt und ist seinen Ueberzeugungen gefolgt. Aus Ueberzeugung ist er auch ein Anhänger des von Lord Rosebery befürworteten Imperialismus und hat sogar freundliche Beziehungen mit Josef Chamberlain angeknüpft, der als Schutzzöllner die bête noire vieler seiner Freunde ist. Auch mit den Arbeitern hat sich der politische Pastor vom City-Tempel herumgeplagt. Seine in einem Zeitungsartikel veröffentlichten Angriffe auf die britischen Arbeiter hat er bei einer öffentlichen Deputation in einer Baptistenkapelle gerechtfertigt. Seine damalige glänzende Rede wurde auch von seinen Gegnern mit gewaltigem Beifall aufgenommen; denn der furchtlose Kanzelredner meint es im Herzen gut mit dem Arbeitsmann und hat sogar öffentlich seinem aufrichtigen Mitgefühl für die Ziele der von Keir Hardie geleiteten Sozialistenpartei Ausdruck gegeben. In seinen Kanzelreden hat er die Laster der reichen Leute ebensowenig geschont, wie der katholische Vater Vaughan, dessen Fastenpredigten letztes Frühjahr gewaltiges Aufsehen erregt haben. Vermutlich wird Campbell von seiner Seelsorge zurücktreten müssen. Als Prediger im City-temple ist er nämlich durch die Gründungsurkunde vom Jahre 1824 gebunden, und diese schreibt vor, daß er sich an das Glaubensbekenntnis, daß im Jahre 1646 in Westminster von den calvinistischen Dissidentenpredigern aufgestellt wurde, halten müsse. Mit diesem Glaubensbekenntnis stehen allerdings Campbells theologische Ansichten in schroffem Gegensatz, denn seit der Mitte des 17. Jahrhunderts hat die Bibelforschung Fortschritte gemacht, von denen die Verfasser des Glaubensbekenntnisses von Westminster keine Ahnung haben konnten.

Italien.

P. **Das Marineprogramm dieses Jahres.** Die Admirale der Kriegsmarine sind zu der Entschließung gelangt, daß das Kommando des Mittelmeergeschwaders dem Admiral Di Brocchetti verbleiben solle. Außer mit dem Projekte der Errichtung eines italienischen Admiralitätsrats nach dem Vorbilde des englischen, sowie mit der Liste der Veränderungen der Kommandostellen befaßt sich die Admirale mit dem Schiffsbauprogramm des laufenden Jahres befaßt. Es sind zu bauen die vier Panzer nach dem Typ „Vittorio Emanuele“, und zwar soll der eine von ihnen, „Regina Elena“, schon im Spätfrühjahr, das Admiralschiff des Mittelmeergeschwaders sein. Der fünfte Panzer dieses Typs soll nicht gebaut werden, ebensowenig das geplante Blockadeschiff. Statt ihrer soll begonnen werden, ein großes Schlachtschiff nach dem Vorbilde der „Dreadnought“ zu bauen, dessen Tonnengehalt nicht unter 16000 sein wird. Es soll ein Maximum an Geschwindigkeit haben und mit 8 Kanonen zu 305 ausgerüstet sein. Die Kreuzer nach dem Typ „Vittorio Emanuele“, das ist als immerhin auch für den Gedankengang der italienischen Admiralität bemerkenswert, haben nur 2 Kanonen zu 305 und 12 zu 250, die Schiffe nach dem Typ „Pisa“ 4 zu 305, die drei nach dem Typ „Sicilia“ 4 zu 340 und die drei nach dem Typ „Marcelli“ 4 zu 430. Es werden ferner aus den zur Verfügung stehenden 43½ Millionen Lire die zwei von den Werften Orlando und Ocero auf eigenes Konto gebauten Kreuzer „Pisa“ und „Amalfi“ von der italienischen Marine angekauft. Ferner wird im laufenden Jahre begonnen der Bau von 16 Hochsee-Torpedobooten zu 210 Tonnen, fertiggestellt der Bau von 4 Hochsee-Torpedobooten zu 220 Tonnen vom Typ „Orione“ und des Torpedos 1. Klasse „Galileo“, begonnen und zu Ende geführt der Bau von zwei Lachen Kanonenbooten mit verschiedenen Schiffen zum Hafen- und Küstendienst. Gemäß den gesetzlichen Bestimmungen wird die italienische Flotte bis 1909 angewachsen sein auf 15 Panzer modernen Typs, 12 Panzer minder modernen Typs, 2 Schiffen vom Typ „Agordat“ und andere von veraltetem System, 29 Torpedopanzer, 12 Unterseeboote und 42 Hochsee-Torpedoboote. Aus den Listen der italienischen Kriegsmarine werden in diesem Jahre gestrichen werden die drei Schlachtschiffe „Stromboli“ (gebaut 1887, Tonnen 4000), „Ruggiero“ (gebaut 1891, Tonnen 1000) und „Colosseum“ (1893, 900 Tonnen), 2 andere Kriegsschiffe aus den Jahren 1877—1885 und mit einem Gehalt von 694 bis 4281 Tonnen (darunter „Colombo“ und „Cridano“), 2 Schiffe für Kolonialdienst, 18 Torpedos 2. Klasse, 6 Torpedos 3. Klasse und 2 Kanonenboote. Uebrigens wird die Deputiertenkammer demnächst ein Gesetz verabschieden, welchem zufolge im Jahrfünft 1907—1912 weiter aus den Listen der Kriegsmarine zu streichen sind 15 Kriegsschiffe aus den Jahren 1877 bis 1891 und von einem Gehalt bis zu 11000 Tonnen (darunter „Italia“ und „Andrea Doria“), 6 Hilfskreuzer, 30 Torpedos zweiter und 25 dritter Klasse.

Spanien.

* **Ministerkrisis in Sicht.** Die erste Sitzung nach dem Wiederzusammentritt der Cortes war verhängnisvoll für die Regierung, da sie von neuem einen heftigen Zwist innerhalb der liberalen Partei zeigte. Im Hinblick auf den Namenstag des Königs wurde die Krisis aufgeschoben, ihr Ausbruch wird aber Donnerstag erwartet. Vega de Armijo erklärte, er werde der letzte liberale Ministerpräsident gewesen sein. Viele glauben aber noch an die Möglichkeit eines neuen liberalen Kabinetts Moret. Die Konservativen brennen vor Begierde, die Leitung der Staatsgeschäfte zu übernehmen, um dem Vereinsgesetz den Garaus zu machen.

Rußland.

H. **Keine Anleihe?** (Telegramm unseres Petersburger Korrespondenten.) Ich erfahre autentisch, daß die Regierung die Aufnahme einer Auslandsanleihe für 1907 nicht beabsichtigt, weil die Extraordinarien durch ordentliche Mehreinnahmen gedeckt seien.

* **Der zweite Jahrestag der Revolution** ist bis jetzt ohne Ruhestörung verlaufen. Tod ist sehr tödlich. In Lodz hat man die Ruhe auch nicht durch Arbeit gestört. Es herrscht in allen Fabriken vollkommener Stillstand; auch die Warenhäuser und Banken waren geschlossen. Der Verkehr auf den Straßen war gering. Die Ruhe auf der Straße war freilich nicht kein Erfolg der Polizei oder der plötzlich erwachten Ordnungsliebe der Revolutionäre, sondern einfach eine Wirkung der strengen Kälte. — Aus Warschau wird gemeldet: Der anläßlich des Jahrestages der Revolution hier beabsichtigte Ausstand ist nicht gelungen. Auf Befehl der Behörden sind die Schulen geschlossen. Es herrscht große Kälte.

* **Birilews Demission.** Am Montag nahm der Zar das Abschiedsgesuch des Marineministers Birilew an, der von seinem Posten zurücktritt, auf dem er im Verlauf von zwei Jahren durch seine Unkenntnis des Marinewesens viel zum Zusammenbruch der russischen Marine beigetragen hat; da auf ihn der größte Teil der Verantwortung bei der Ausrüstung des Geschwaders Rschdjestwenskis lastete. Als sein Nachfolger im Amt wird Admiral Tschoukin genannt, woraus hervorgeht, daß ein unfähiger Minister durch einen ebenso unfähigen Nachfolger ersetzt werden soll.

* **Die Reichsrats-Debatte über Gurko.** In der jüngsten Sitzung des ersten Departements des Reichsrats wurde unter dem Vorsitz des Justizministers die Angelegenheit des Ministergehilfen Gurko und des Alt-Kiewschen Lawinow beraten, wobei beschlossen wurde, weitere Erklärungen von Gurko und Lawinow zu verlangen und eine neue Untersuchung vorzunehmen, welche dem Senator Gerkow übertragen werden soll. Der weitere Gang der ganzen Anklage hängt von den Erklärungen Gurkos und Lawinows ab. Entweder kann das erste Departement des Reichsrats die Anklage niederschlagen oder sie der administrativen oder gerichtlichen Regierung übergeben. In allen drei Fällen ist die Bestätigung des Zaren notwendig.

Persien.

* **Neue Aera.** Nach aus Teheran angelangten Nachrichten erscheint es sicher, daß sowohl in der persischen Regierung, als auch in den diplomatischen Vertretungen Persiens im Auslande wesentliche Veränderungen eintreten werden, da der neue Schah entschlossen ist, mit dem bisherigen veralteten System zu brechen und ein freiheitlicheres Regime in Persien einzuführen. Zu diesem Zwecke würde zunächst der ehemalige hervorragende Großwesir Ali Asgar Khan vom Schah wieder in sein Amt eingesetzt werden. Ali Asgar Khan, der seit seinem Rücktritte vor vier Jahren große Studienreisen unternommen hat, befindet sich gegenwärtig in Berlin.